



# ARD und ZDF agieren ziemlich abgehoben

von Dr. Hugo Müller-Vogg

**O**b Kai Gniffke manchmal von Dagobert Duck träumt? Jedenfalls verhält sich der ARD-Vorsitzende so, als bade er im Geld. Nun gut, das Geschäftsmodell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist einzigartig. Jeder Manager hätte es auch gerne so gut und so reichlich. Die Höhe des „Umsatzes“ steht schon zu Jahresbeginn fest.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten ARD, ZDF und Deutschlandfunk müssen – anders als private Sender oder Zeitungen – sich nicht um hohe Werbeeinnahmen oder zahlende Kunden bemühen. Wer eine Wohnung hat, muss im Jahr rund 220 Euro an Rundfunkgebühr zahlen – selbst wenn er auf die ÖRR-Programme völlig verzichtet. So kamen im Jahr 2021 8,4 Milliarden Euro an Zwangsgebühren in die Rundfunkkassen. In diesem Jahr werden es mehr als 10 Milliarden sein. Unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist der teuerste in ganz Europa.

Diese Summen erlauben den Sendern, mit dem Geld der Gebührenzahler – zurückhaltend formuliert – großzügig umzugehen. Dazu ein paar Beispiele.

## 1. Beispiel: Üppige Gehälter

Gniffke, im Hauptberuf Intendant des SWR, verdient im Monat stolze 30.000 Euro – ungefähr so viel wie der Bundeskanzler. Auch andere Intendanten bewegen

sich auf diesem Niveau. Sie gehören in Bezug auf ihre Gehälter zu den oberen ein, zwei Prozent der Deutschen.

Der ARD-Chef fühlt sich nicht sonderlich gut, sondern nur angemessen bezahlt. Seine Begründung: Er trage „jeden Tag die Verantwortung für 15 Millionen Menschen“. Das ist eine recht putzige Rechnung. Im Sendegebiet des SWR wohnen 15 Millionen Menschen; das ist richtig. Aber sehr viele leben auch ohne jede Nutzung der SWR-Angebote glücklich und zufrieden. Sie können auf Gniffkes Verantwortungsgefühl verzichten.

Der Vergleich mit den Bezügen von Olaf Scholz offenbart zudem ein ziemlich großes Selbstbewusstsein. Der Kanzler trägt Verantwortung ganz anderer Art als ein Rundfunkmanager – und zwar für 84 Millionen Menschen. Das sind 5,6 Mal mehr als im Sendegebiet des SWR leben.

Nach der Gniffke-Logik müsste Scholz also 178.000 Euro verdienen – im Monat. Die wären im Vergleich zu den Managergehältern in den Top-Etagen der Wirtschaft allemal angemessener als Gniffkes „Kanzlergehalt“.

## 2. Beispiel: Je schlechter das Programm, umso mehr Personal ist notwendig

Das sogenannte Content-Netzwerk „Funk“ für junge Leute zwischen 14 und 29 Jahren hat kürzlich ein besonders kras- ses Beispiel für die linksgrüne Ausrichtung der meisten Programme geliefert. In ei-

nem Video zum Thema „Was ist rechts?“ wurden die Unionspolitiker Friedrich Merz und Markus Söder kurzerhand mit der AfD-Co-Vorsitzenden Alice Weidel und dem wahren Kopf der Rechtsaußenpartei, dem rechtsextremen Björn Höcke, in einen braunen Topf geworfen.

Funk ist ein gemeinsames Angebot von ARD und ZDF; die Federführung liegt bei Gniffkes SWR. Diese Funk-Entgleisung war nach heftigen Protesten aus der Union selbst den Intendanten zu heftig. Sie entschuldigten sich; eine besonders üble Fotomontage wurde gelöscht. Das Video selbst, das CDU, CSU und FDP – pseudowissenschaftlich verbrämt – in die ganz rechte Ecke stellt, blieb indes unverändert.

Doch Gniffke und sein Intendanten-Kollege vom ZDF, Norbert Himmler, haben noch eine weitere Konsequenz dieser Affäre angekündigt: Die Funk-Zentrale in Mainz soll personell verstärkt werden. So soll die journalistische Kompetenz gestärkt werden.

Halten wir also fest: Der ÖRR leistet sich eine inkompetente, politisch links-lastige Funk-Redaktion. Statt dort aufzuräumen, wird die Truppe noch verstärkt. Geld spielt ja für die „Dagoberts“ Gniffke und Himmler keine Rolle.

Da ertappt man sich als Gebührenzahler bei dem Gedanken, die Forderung des CSU-Politikers Stefan Müller gar nicht so unmöglich zu finden. Der würde Funk am liebsten einstellen.